

AMNESTY INTERNATIONAL

Presseerklärung

24.02.2010

Tod eines gewaltlosen politischen Gefangenen muss Wandel herbeiführen

Nach dem Tod eines Menschenrechtsaktivisten in einem kubanischen Gefängnis forderte Amnesty International den kubanischen Staatschef Raúl Castro auf, alle gewaltlosen politischen Gefangenen sofort und bedingungslos freizulassen.

Der verstorbene Gefangene Orlando Zapata Tamayo war in den Hungerstreik getreten, um gegen die schlechten Haftbedingungen in kubanischen Gefängnissen zu protestieren bevor er in Havanna starb.

Sein Tod illustriert auf tragische Weise die Verzweiflung der vielen gewaltlosen politischen Gefangenen, die ihre Hoffnung auf eine Freilassung ihrer ungerechten und langen Strafe bereits aufgegeben haben, so Amnesty-Researcher Gerardo Ducos. Es müsse nun untersucht werden, ob auch Misshandlungen ein Grund für den Tod des Gefangenen darstellen.

Orlando Zapata Tamayo wurde im März 2003 inhaftiert und 2004 wegen „mangelnden Respekts, öffentlichen Ungehorsams“ und „Widerstand“ zu drei Jahren Haft verurteilt. Während seiner ersten Haftstrafe wurde er noch mehrere Male wegen „Ungehorsam und auffälligem Verhalten in Gerichtsgebäuden“ verurteilt, zuletzt im Mai 2009 und war zum Zeitpunkt seines Todes zu insgesamt 36 Jahren Haft verurteilt worden.

Die Tatsache, dass Orlando Zapata Tamayo keinen anderen Ausweg sah, als in den Hungerstreik einzutreten, ist ein erschreckender Beweis für die fortwährenden Repressionen der kubanischen Regierung gegenüber Dissidenten.

Der Tod des Menschenrechtsaktivisten unterstreicht zudem, dass Kuba dringend internationale Menschenrechtsexperten einladen muss, um die aktuelle Menschenrechtslage vor Ort untersuchen zu lassen, wie im Internationalen Pakt über Bürgerliche und Politische Rechte festgeschrieben ist.

Hintergrund Informationen

Orlando Zapata Tamayo war einer von 55 von Amnesty International anerkannten gewaltlosen politischen Gefangenen in Kuba.

Die Mehrheit der Gefangenen wurde im März 2003 während der größten Verhaftungswelle von Regimekritikern seit der kubanischen Revolution festgenommen. Durch die nicht unabhängigen Gerichte in Kuba werden Regimekritiker oft in unfairen Eilverfahren zu sehr langen Haftstrafen verurteilt.

Ende/